Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 7.50 Mark, vierteljährlich 22.50 Mk., durch die Post 22.50 Mk. ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Buchhandlungen und Postanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1103 u. 7411, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4009.

Nr. 521. Halle, Sonnabend, den 6. November 1920. Einzelpreis 20 Pfg.

Reichsfinanzen und Steuerbelastungen.

Es steht jetzt fest, daß die Finanzleitung den Plan einer Zwangsanleihe zur Verminderung der schwebenden Schuld des Reiches wieder aufgegeben hat. Da sich bald herausstellte, daß der Zwangsanleihegedanke, der in den Beratungen der Ressorts und des Kabinetts verschiedene Wandlungen hinsichtlich der Form und Wirkung der Anleihe durchgemacht hatte, kein gangbarer Weg war, wenn hiermit eine neue steuerliche Belastung bezweckt werden sollte, so blieb die Form der Anleihe nur noch als ein Mittel, um beschleunigter in den Besitz von Beträgen zu gelangen, die ohnehin im Laufe der Zeit durch die Abführung des rückständigen Notopfers einkommen mußten. Die Anleihe hätte dann nur eine Vorwegnahme des Notopfers bedeutet, weil der von dem Einzelnen zu zeichnende Anleihebetrag auf das abgabepflichtige Notopfer angerechnet würde. Gegen diese Form der Erfassung abgabepflichtiger Beträge wurden aber von maßgebender Seite die technischen Schwierigkeiten geltend gemacht, die mit jeder Auflage einer Anleihe verbunden sind. Den gleichen Erfolg glaubte man auf einfachere und raschere Weise durch Maßnahmen herbeiführen zu können, die eine beschleunigte Einziehung der Notopferbeträge ermöglichen würde. Dieser Standpunkt ist jetzt durchgedrungen. Die Regierung ist der Ueberzeugung, die umständlichen und zeitraubenden Vorarbeiten für die Auflage einer Anleihe vermeiden und durch eine Neuregelung der Erhebungsvorschriften insbesondere auch durch den Ausbau der nach § 45 des Notopfergesetzes vorgesehenen Vermittelungsanstalt bald in den Besitz von erheblichen Beträgen kommen zu können. Die Abgabepflichtigen sind, soweit sie nicht über flüssige Beträge oder Werte, die, wie Kriegsanleihe, an Zahlungsstatt genommen werden, verfügen, nach den zu erwartenden Bestimmungen gehalten, vom 1. Januar des neuen Jahres ab innerhalb einer bestimmten Frist Werte zu übergeben, die die Vermittelungsstelle zu einem möglichst günstigen Kurs übernimmt und auf den abgabepflichtigen Betrag anrechnen. Es war zunächst daran gedacht, mit Beginn des neuen Jahres 30 Prozent des Notopfers heizutreiben. Die Anschauungen schwanken jedoch noch hinsichtlich der Höhe. Man scheint sich in letzter Zeit davon überzeugt zu haben, daß selbst 30 Prozent noch einen zu schweren Eingriff in das Wirtschaftsleben darstellen würden, und man erwägt, ob man mit der Erhebung einer doppelten Rate von insgesamt 40—50 Prozent dem beabsichtigten Zweck besser dienen würde. Die Vermittelungsanstalt, auch Reichsfinanzbank genannt, erhält ein Direktorium, bei dem die ausschlaggebende Rolle der Vorsitzende und sein Stellvertreter spielen dürften, die voraussichtlich dem Bankfach entnommen werden. Die Vorarbeiten für die Einrichtung dieser Stelle sind bereits soweit gediehen, daß sie Ende des Jahres ihre Tätigkeit wird aufnehmen können. Das Gründungskapital wird wahrscheinlich 50 bis 100 Millionen Mark betragen. Die Regierung glaubt hierdurch bald in den Besitz einer Summe zu gelangen, die der in den letzten Jahren durchschnittlich durch die Notenpresse in den Verkehr gebrachten entspricht. Das wären 25 bis 30 Milliarden. Der Erfolg liegt darin, daß die schwebende Schuld des Reiches vermindert wird oder jedenfalls keine Erhöhung erfährt, da es infolge des Einkommens von lombardfähigen Effekten oder anderen eine Zeichnung darstellenden Werten entsprechend weniger Reichskassenscheine oder Platzwechsel auszustellen braucht. Bei der außerordentlichen Wandlungsfähigkeit, die die Steuerentwürfe bei der Finanzleitung durchzumachen pflegen, kann man heute keine unbedingte Gewähr dafür übernehmen, daß nicht nach einigen Wochen wieder wesentlich andere Formen für die Beitreibung der vom Reich benötigten Beträge als das geeignete Rezept erscheinen. Es herrscht aber diesmal der Eindruck vor, daß die Regierung an dem jetzigen Plan festhalten wird, nachdem sie eingesehen haben dürfte, daß die Form der Zwangsanleihe, wenn sie als Vorwegnahme des Notopfers gedacht ist, zu umständlich ist und, wenn sie als neue Steuer dienen sollte, eine Belastung darstellt, die zurzeit das Wirtschaftsleben, vor allem aber die sich erst langsam hebende Produktion nicht ertragen würde. Die endgültige Entscheidung dürfte in der nächsten Zeit, in der das Kabinett mit der Frage erneut befaßt werden soll, fallen.

Freigabe des deutschen Eigentums in Amerika?

„Central News" erfährt aus Washington von höchster diplomatischer Stelle, daß die Vereinigten Staaten nicht nur alles deutsche Eigentum, das während des Krieges beschlagnahmt worden war, zurückgeben würden, sondern daß die Regierung der Vereinigten Staaten darauf bestehen würde, daß die von den Alliierten, insbesondere von Frankreich, geforderte Wiedergutmachung Deutschlands auf das allergeringste Maß vermindert würde.

Die Registrierung der Staatsverträge.

Der Völkerbund hat die neuen ihm überreichten Verträge veröffentlicht. Der erste Band enthält neun Verträge, an denen sechzehn Nationen beteiligt sind. Bisher sind 26 Vertreter beim Völkerbund eingetreten. Obgleich Deutschland bisher nicht als Mitglied in den Völkerbund aufgenommen worden ist, hat es den Bund benachrichtigt, daß es doch alle seine Abkommen registrieren lassen wird. Der zweite Band Verträge wird in Bälde veröffentlicht.

Die obige Meldung bezieht sich auf Artikel 18 des Friedensvertrages. „Jeder Vertrag oder jede internationale Abmachung, die ein Bundesmitglied künftig abschließt, ist unverzüglich beim Sekretariat einzutragen und sobald wie möglich von ihm zu veröffentlichen. Kein solcher Vertrag und keine solche internationale Abmachung ist von dieser Eintragung rechtsverbindlich." Zu den eingetragenen Verträgen gehört vermutlich auch das französisch-belgische Militärabkommen, von dessen Registrierung häufig die Rede war. Inwieweit die vorstehende Mitteilung, soweit sie Deutschland betrifft, richtig ist, entzieht sich unserer Kenntnis.

Ausnahmezustand in Bayern.

Der Verfassungsausschuß des bayerischen Landtages beschäftigte sich mit der Frage der Aufhebung des Ausnahmezustandes. Staatssekretär Dr. Schweyer erklärte, daß der Ausnahmezustand rechtsgültig bestehe und die Voraussetzung zu seiner Aufhebung noch nicht gegeben sei. Dem Beschluß von Halle entsprechend, sei bei den Linksradikalen alles auf den Beinen, um bis längstens Mitte November schlagfertig für einen gewaltsamen Umsturz zu sein. Das gelte auch für München, wo die kommunistische Sektion Sammellisten für die rote Armee verbreite und ein Propagandablatt für die Entwaffnung des Bürgertums und der Einwohnerwehren, für Gewalt und Terror und für Lahmlegung des Verkehrs erscheine. Nach weiterer Aussprache wurden die Anträge der Sozialdemokraten und Unabhängigen auf Aufhebung des Ausnahmezustandes gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Einträgliche Arbeitslosigkeit.

Die sächsische Regierung hat die neuen Forderungen der Dresdener Arbeitslosen abgelehnt. Die Forderungen bestehen in Erhöhung des Unterstützungsminimums auf 350 Mark wöchentlich für Männer und 250 Mark wöchentlich für Frauen. Das würde also für arbeitslose Männer ein Jahreseinkommen von mehr als 18 000 Mark bedeuten. Ferner wurde verlangt, daß die Befristung der Unterstützungszahlungen aufhören soll. Selbstverständlich waren diese übertriebenen Forderungen für die Regierung undiskutabel. Die Arbeitslosen hatten zwar schon vor einigen Tagen angekündigt, daß sie die Dresdener Arbeiterschaft zum Generalstreik auffordern würden, wenn ihre Forderungen nicht bewilligt werden sollten. Es fragt sich aber, ob sich die Arbeiterschaft dazu bereit finden wird, besonders wenn man bedenkt, daß es viele vollbeschäftigte Arbeiter gibt, die weniger als 350 Mark wöchentlich verdienen.

Vom Völkerbund.

Der Korrespondent der „Times" in Genf meldet, es sei so gut wie sicher, daß der frühere belgische Minister Hymans die erste allgemeine Versammlung des Völkerbundes leiten werde.

„Expreß Standard" erfährt, daß die vereinigte britische Delegation des Vereinigten Königreiches, der überseeischen Dominions und Britisch-Indiens vor ihrer Abreise nach Genf eine Zusammenkunft unter Vorsitz von Lloyd George haben werde. In dieser Zusammenkunft würden die gemeinsamen Richtlinien der britischen Delegation besprochen werden.

Der Kampf gegen den Sowjetismus.

Nach einem Telegramm aus Warschau haben Sawinkow und General Balachowicz, der Oberstkommandierende der Freiwilligen russischen Armee, gemeinsam an Pilsudski und General Wrangel eine Depesche gerichtet, in der es heißt: Die Freiwillige russische Armee habe die in Riga festgesetzte vorläufige Grenze überschritten, um das unabhängige Weiß-Rußland zu befreien und die bolschewistischen Machthaber zu vertreiben.

Keine Auslieferung Wilhelms II.

Im englischen Unterhause erklärte Lloyd George in Erwiderung auf eine Anfrage, die Auslieferung des vormaligen deutschen Kaisers sei angesichts der Haltung der niederländischen Regierung auf diplomatischem Wege nicht zu erreichen. Das Haus sei sicher einverstanden damit, daß in dem Wahlversprechen, betreffend den ehemaligen Kaiser, nicht die Zusicherung liege, Holland nötigenfalls den Krieg zu erklären, um die Auslieferung durchzusetzen. Es sei nicht zulässig, den früheren Kaiser in absentia zu verfolgen, ohne daß die Möglichkeit besteht, das Urteil im Falle der Schuldigkeitserklärung zu vollstrecken. Die Verantwortung trage für die Dauer der Internierung die niederländische Regierung.

Gegen die Ratifizierung des ungarischen Friedensvertrages.

Nach einer Meldung des Ungar. Korr.-Bureaus fand in Budapest eine Volksversammlung unter Teilnahme zahlreicher Vereinigungen statt. In einer Entschließung wurde die Nationalversammlung aufgefordert, die Ratifizierung des das Land zerstümmelnden Friedensvertrages, des Zwangsfriedens, zu verweigern. Zum Zeichen des Protestes standen um 11 Uhr vormittags die elektrischen Bahnen eine halbe Stunde still, und der gesamte Eisenbahnverkehr ruhte zehn Minuten lang. Später fanden stürmische Protestkundgebungen gegen die Ratifizierung des Vertrages statt. Die öffentliche Ordnung wurde nicht gestört.

Das Völkerbundsstatut für Palästina.

In einer in der Assembly Hall in London unter dem Vorsitz von Sir Alfred Mond, dem englischen Minister für öffentliche Arbeiten, abgehaltenen Versammlung teilte, wie die „Z. K." meldet, Professor Weizmann, Präsident der Zionistischen Organisation, über die Einzelheiten des Völkerbundsstatuts für Palästina folgendes mit: Das Statut wird erstens die Sanktionierung des grundlegenden Beschlusses von San Remo enthalten, zweitens eine Verpflichtung Englands, mit allen Mitteln die Errichtung der jüdischen nationalen Heimstätte zu fördern, drittens die Bestimmung einer ständigen Vertretung der Zionistischen Organisation, sowie der anderen jüdischen Organisation, die sich an der Aufbauarbeit beteiligen werden, bei der palästinensischen Regierung. Außerdem wird in einem besonderen Vertrage zwischen der englischen Regierung und der Zionistischen Organisation der Einfluß der Zionistischen Organisation auf die Besetzung des Postens des Oberkommissars gesichert sein. Nach Mitteilungen des Ministers Austen Chamberlain steht die Herausgabe des Statuts unmittelbar bevor.

Deutscher Reichstag.

26. Sitzung. Freitag, 5. November, 12 Uhr mittags.

Das Haus erledigte zunächst kleine Anfragen. Auf eine Anfrage des Abg. Dauch (D. Vpt.) wegen Entschädigung und Unterstützung der durch die Abgabe unserer Handelsflotte erwerbslos gewordenen Schiffer wird regierungsseitig geantwortet, daß den Betreffenden aus Mitteln der Reeder und mit Unterstützung der Regierung eine einmalige Unterstützung gezahlt werden soll. Ueber die Art und Verteilung werde dem Hause eine entsprechende Vorlage zugehen.

Auf eine Anfrage des Abg. **Beythien** (D. Vpt.) wegen der Beschimpfung deutscher Seeleute in englischen Hafen erwidert ein Regierungsvertreter, die Angelegenheit werde von der Regierung im Auge behalten. Wegen der bisherigen Vorkommnisse sei in London Protest erhoben worden.

Abg. **Strathmann** (Dn.) fragt nach der Zahl der noch in Gefangenschaft schmachtenden Kriegsgefangenen und den Gründen für die angebliche Zurückhaltung der Offiziere.

Von Regierungsseite wird erwidert, daß allem Anscheine nach der Austausch glatt vor sich gehe und bereits Ende dieses Monats die letzten Gefangenen aus Sibirien abtransportiert werden würden. Die Gesamtzahl unserer Gefangenen belaufe sich auf rund 12 000 Mann.

Abg. **Schimmelpfennig** (Dn.) fragt an, ob den im Pommerschen Landbund vereinigten 20 000 Landarbeitern nicht die Anerkennung ihrer Vereinigung ausgesprochen werden könne.

Ein Regierungsvertreter erwidert, daß bereits vor kurzem das Reichsarbeitsministerium die Gründe, die zu einer Verneinung obiger Wünsche geführt hätten, dargelegt habe. Es sei inzwischen nichts geschehen, was zu einer Aenderung dieses Standpunktes führen könnte.

Auf eine Anfrage des Abg. **Hemeter** (Dn.) wegen Verhinderung der Verschiebung von Lebensmitteln ins Ausland wird von seiten der Regierung geantwortet, daß die Grenzkontrolle im allgemeinen zufriedenstellend funktioniere.

Abg. Frau **Oheimb** (D. Vpt.) fragt wegen der gesundheitlichen Gefahr für unsere Kinder durch Auslieferung von 810 000 Milchkühen.

Staatssekretär **Müller** erwidert, die Summe von 810 000 Milchkühen, die angeblich Frankreich fordere, treffe nicht zu. Es handle sich vielmehr um kleinere Teile, die sich über alle Länder der Entente verteile. Uebrigens habe unsere Regierung unter Klarlegung der wirtschaftlichen Gefahren gegen die weitere Ablieferung von Milchkühen Einspruch erhoben. Eine Antwort sei noch nicht eingegangen.

Abg. **Dittmann** (U. S.) erklärt, das Auftreten der Helfferich, Westarp und Heydebrand sei eine Provokation gegen das deutsche Volk. Die Machtpolitik der Rechten hat uns zum Ruin geführt. Durch ihren frevelhaften U-Bootkrieg sei Amerika in den Krieg hineingezogen worden. Zwei Millionen Tote, ein Heer von Krüppeln und der Zusammenbruch unseres Volkes sind das Ergebnis der Helfferichschen Machtpolitik. Dieser Friede ist ein Helffericher, ein deutschnationaler Friede, er wollte die Gegner ausplündern, hat also keinen Grund, jetzt zu schreien. Die Entente machte nur nach, was unsere Diplomaten in Brest-Litowsk vorgemacht haben. Als er von der Verbrechertaktik Deutschlands im Kriege spricht, entsteht großer Lärm, Pfuirufe. Auch seine Partei bekämpft den Frieden, wie sie jede Vergewaltigung bekämpfe. Aber die Forderungen, die auf eine Wiedergutmachung hinauslaufen, müssen erfüllt werden, diejenigen, die lediglich Machtgelüsten entsprechen und unsere wirtschaftliche Existenz bedrohen, müssen abgelehnt werden. Das soll nicht in chauvinistischer Weise erfolgen, vielmehr wollen wir an die internationale Arbeiterschaft appellieren. Die Zerstörung und das Verbot der Dieselmotoren richtet sich gegen Produktion und Arbeiterschaft und muß verhindert werden. Redner vermißt ein energisches Vorgehen gegen das alldeutsche Verbrechergesindel, das uns mit seinem chauvinistischen Geschrei nur Unheil auflade, während sich die Linke später Aufmerksamkeiten der Regierung erfreue. Das Reich sei tatsächlich bankrott infolge der Monarchistenherrschaft. Das sei das Ergebnis der so gefeierten Sparsamkeit. Auch Post und Eisenbahnen seien von den Helfferichs

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19201106018/fragment/page=0001

systematisch im Kriege in Grund und Boden gewirtschaftet worden, obwohl der Krieg seit der Marneschlacht 1914 verloren war. Der Krieg habe das ganze Milieu des Kapitalismus gestört. Für die Produktion war Verschiebung an das Ausland und die Kriegsgewinnler, nicht aber die Frage des Inlandbedarfs maßgebend, bis der Zusammenbruch kam. An einen Wiederaufbau ist noch lange nicht zu denken. So stürzt sich der Kapitalismus auf den geringen Warenbestand wie die Fliegen und treibt ihn in die Höhe. Das ganze Wirtschaftssystem muß geändert werden. Es fragt sich nur, ob die Sozialisierung auf friedlichem Wege oder dem des Bürgerkrieges erfolgen soll. Die Arbeiterschaft steht in ihrer Mehrzahl zu dem friedlichen Wege, aber erst wenn das Proletariat die Machtmittel in seiner Hand vereinigt, wird es unser wirtschaftliches Leben zu neuer Blüte bringen. Ob die zweite Diktatur des Proletariats sich wieder so glatt vollziehen wird, bleibt angesichts der Anstrengungen der Rechten, die alten Verhältnisse wiederherzustellen, sehr zweifelhaft. Die Staatsgewalt wird einem Versuche von rechts keinen Widerstand leisten. Sie hat höchstens Angst vor der Entente. Daher muß die Arbeiterschaft in steter Alarmbereitschaft sein, ohne sich von der Rechten zu Unbesonnenheiten verleiten zu lassen. Kommt aber der Putsch von rechts, wird sich die Arbeiterschaft einig sein, ihn so niederzuschlagen, daß er nie mehr wagen wird, sich zu zeigen. Bis dahin werden wir Schritt für Schritt zur Erfüllung unseres Programms schreiten. Die Sozialisierung des Bergbaues ist der erste Schritt.

Reichskommissar **Peters** betont auf eine Anfrage wegen der Entwaffnung der Orgesch und der übrigen Organisationen, das zunächst die Ablieferung der schweren Waffen, wie Geschütze und Maschinengewehre usw. erfolgen solle. Wegen der sonstigen Entwaffnung müßte man die verschiedenen Verhältnisse der einzelnen Länder ins Auge fassen. In Bayern werde man sich nach den guten Erfahrungen mit der Orgesch nur schwer von ihr trennen und bei unserem Landschutz in Ostpreußen liege es zum Beispiel nicht anders. Man müßte daher in diesem Punkte etwas Zeit lassen. Inzwischen werde er mit dem bayerischen Minister verhandeln (ironische Zwischenrufe von links). Er werde im übrigen seine Pflicht objektiv erfüllen, wie es das Gesetz vorschreibe, ohne sich von rechts oder links beeinflussen zu lassen.

Abg. **Dr. Dernburg (Dem.)** billigt die Ausführungen des Außenministers gegenüber des Grafen Westarp, meint aber, daß der Friedensvertrag nicht erfüllt werden kann und einer Revision zu unterziehen ist aus rechtlichen, sittlichen und wirtschaftlichen Gründen. Der Reichstag müßte hier die Initiative ergreifen und zwar sei das eine Angelegenheit, die den Völkerbund direkt angehe. Die Wiedergutmachungskommission habe nichts damit zu tun. Wir berufen uns immer noch auf die 14 Wilsonschen Punkte, aber im Waffenstillstands-Protokoll sei nichts davon erwähnt und dieses Protokoll sei das einzige Schriftstück, auf das die Entente ihre Forderungen stütze. Frankreich habe speziell erklärt, daß es an andere Schriftstücke als dieses Protokoll nicht gebunden sei. Auch Clemenceau vertrete stets diesen Standpunkt, wobei er speziell die Schuldfrage aufwarf und damit die Forderungen der Wiedergutmachungskommission begründet. Die Petersburger Veröffentlichungen hätten aber bewiesen, daß uns nicht die Schuld am Kriege treffe. Somit seien die Voraussetzungen für den Frieden nicht zutreffend und der Grund für unsere Revisionsforderung gegeben. Die eigene Not mache uns auch die Wiedergutmachung unmöglich, zumal unter diesem Titel alles mögliche gefordert werde. Der Mangel erschwere das tägliche Leben und bedrohe das Gedeihen unserer Kinder, deren Sterblichkeit gegen 1913 um 55 Prozent gestiegen sei, wie ein Engländer festgestellt habe. Die Kohlenabgabe zwinge uns, einen Hochofen nach dem andern auszublasen. Nun kommt noch die Dieselmotorengeschichte, um uns den Todesstoß zu versetzen. Alles dieses lähmt den Willen und die Kraft unseres Volkes. Unsere 100 000 Mann kosten fünf Milliarden, die 137 000 Mann der Entente im besetzten Gebiet das fünffache. Oberschlesien ist eine neue Vergewaltigung, desgleichen das Memelland und der Korridor, schließlich die Kohlenparagraphen, die unser industrielles Leben töten und die Erfüllung des Friedensvertrages unmöglich machen. Dazu komme die Steuerbelastung. Redner appelliert an die Parteien, alles andere zurückzustellen und nur die Revision zu verlangen, alles andere habe keinen Zweck, da alles von dieser Frage abhänge.

Abg. **Dr. Levi (Komm.)** vermißt in allen Reden die Sorge um das Volswohl und um das Proletariat. Der Krieg habe 35 Millionen Menschen das Leben gekostet, es sei eine Tragödie für die Welt gewesen und seine Folgen ruhten auf Frankreich nicht minder schwer als auf uns. Der ganze Etat sei nicht das Papier wert, auf dem er gedruckt sei. Statt daß die Produktion gefördert wird, herrscht überall Stillstand. Der Kapitalismus trage die Schuld an dem Sinken unserer Valuta, wie auf dem Bankiertage festgestellt worden sei. Dieses Sinken sei aber nur eine neue Hungerblockade. Daß im übrigen die Debatte eine ernsteuliche Geschlossenheit von rechts bis links gegen seine Partei gezeigt habe, konstatiert er gern. Die Sachlage wäre wenigstens klar. Dittmann wie Ledebour hätten die entsetzliche Verleumdung von kommunistischen Mörderzentralen verbreitet und damit bewiesen, daß auch sie zur bürgerlichen Clique gehören. (Heiterkeit.) Die Kappitenmörder liefen noch heute frei herum, aber unzählige Kommunisten säßen seit jenen Tagen heute noch in Untersuchungshaft, das sei die Parteilichkeit deutscher Gerichte. In der auswärtigen Politik warne er vor Hofnungen auf Amerika, dessen Politik bereits festgelegt sei, er glaube auch noch an einen Zwiespalt zwischen Frankreich und England. Ungarn erscheine nicht mehr zuverlässig. Jetzt stehe Bayern im Brennpunkt des europäischen Interesses unter französischen Bestrebungen. Dann bleibt der deutschen Regierung nur der Weg nach Osten offen, den sie sich aber durch die Ausweisungen von Sinowjew und Lojowski verspert hat. Statt dessen hat sie mit General Wrangel angebändelt, also noch einmal auf das falsche Pferd gesetzt.

Abg. **Dr. Ulyers (Welfe)** wünscht den deutschen Minoritäten die innere Kraft, ihr Volkstum zu bewahren. Dasselbe gelte von Polen, dessen Chauvinismus dem preußischen Hakatismus in den Schatten stelle. Der Autonomiegedanke erscheine ihm sympathisch.

Abg. **Eissnberger** (bayr. Bdl.): Die Sozialisierung sei ein Schlagwort für die Massen, Gewaltturen werde ein vorsichtiger Arzt nicht vornehmen und eine solche Gewaltur sei die Sozialisierung.

Damit schließt die Besprechung. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Nächste Sitzung Sonnabend 10 Uhr. Tagesordnung: Interpellation Schiffer über Eupen und Malmedy, sowie mehrere andere Interpellationen.

Preußische Landesversammlung.

174. Sitzung. Freitag, den 5. November.

WTB. Die zweite Beratung der Verfassung wird bei Kapitel Selbstverwaltung fortgesetzt.

Abg. **Schelich** (Soz.) will die Selbstverwaltung der Provinzen gestärkt wissen. Die Neuwahl der Provinzial- und Reichstagsvertreter dulde keinen längeren Aufschub. Wenn andere Provinzen ähnliche Wünsche äußern sollten, wie Oberschlesien, so könnte seine Partei immer nur dann zustimmen, wenn sich aus der Abstimmung der Gerechtigkeitswille unzweideutig ergebe. Die Rechte trägt schuld daran, wenn heute der Name Preußen im Reiche einen üblen Klang hat. (Unruhe und Widerspruch rechts.)

Abg. **Dr. Leidig** (D. Vpt.): Auflösung Preußens, das ist die Gesinnung, mit der die Landesversammlung an die Verfassungsberatung herangeht. Armes Deutschland, armes Preußen. Der Innenminister Severing scheint für die ganze Sache kein Interesse zu haben, sondern es für dringlicher zu halten, im Gegensatz zum Justizminister die Orgesch zu verbieten. Den § 58a, der die Grundsätze der Landtagswahl auch auf die Wahlen zu den Provinzial- und Reichsvertretungen ausdehnt, lehnen wir ab. Entscheidend für unsere Stellungnahme zur ganzen Verfassung ist § 65a. Er nimmt der Regierung die Möglichkeit, die oberen Provinzialbeamten nach eigenem Ermessen zu ernennen. Es soll dies nur noch im Einvernehmen mit dem Provinzialausschuß geschehen. Das bedeutet das Ende der Einheitlichkeit Preußens. In dieser Fassung ist der Paragraph für uns unannehmbar.

Staatssekretär **Freund:** Die Provinzen legen gerade den Hauptwert auf ihre Mitwirkung bei Ernennung der höchsten Provinzialbeamten. Die weitere Hauptforderung ist die Beteiligung an der Gesetzgebung und Verwaltung durch die Begründung des Staatsrates, und es freut uns, daß wir beide Wünsche in der Verfassung erfüllen konnten.

Abg. **Dr. Cohn** (U. Soz.): Wir beantragen die Aufnahme des Schutzes der nationalen Minderheiten in die Verfassung.

Abg. **Dr. Preuß** (Dem.): Der Gesetzentwurf über die Vertretung der Provinzen im Reichsrat sollte der Landesversammlung möglichst bald zur Erledigung vorgelegt werden. Den Antrag der Unabhängigen lehnen wir ab.

Abg. **Dr. Lauscher** (Ztr.) wendet sich gegen den Einfluß, den Preußen im Reichstag gegen die Minderheitsinteressen ausübt. Der Zug der Zeit führt zur Stärkung der Reichsgewalt und somit zur Schwächung Preußens.

Staatssekretär Freund wünscht aus der Debatte bezüglich des Schicksals Preußens den Schluß zu ziehen, wir wollen freudig und mit vollem Herzen an dem Geschicke Preußens mitarbeiten. Lassen Sie uns alle zusammentun, um das beste auf diesem Gebiet zu erreichen.

Abg. **Heilmann** (Soz.): Die Auflösung Preußens in diesem Augenblick wäre die Gefahr der Kleinstaaterei und die Gefahr, daß die Reichsgewalt sich doch nicht durchsetzen könnte.

Abg. **Dallmer** (Dn.) sieht in den Ausführungen des Abg. Lauscher eine verstärkte Gefahr der Abtrennung des Rheinlandes Preußen sei nun doch einmal der Grundpfeiler des Reiches. Ohne Preußen wäre es nie zur Reichsgründung gekommen. (Beifall rechts.)

Abg. **Dr. Lauscher** (Ztr.): Keine Partei betrachtet das Verhalten von Provinz, Staat und Reich vom großdeutschen Standpunkt aus und unter diesem Gesichtspunkt kann das jetzige Preußen auf die Dauer nicht bestehen. Wir werden aber wie bisher auch in Zukunft dafür eintreten, daß die privatrechtlichen Ansprüche der Hohenzollern gerechte Berücksichtigung finden.

Die Abstimmung ergibt die Annahme eines demokratischen Antrages, wonach die Ausübung des Gemeinde-Wahlrechts von einer bestimmten Aufenthaltsdauer in der Gemeinde abhängig gemacht werden kann. Im übrigen bleibt es bei den Kommissionsbeschlüssen.

Während **Koch-Oeynhausen** (D. N.) den Antrag empfiehlt, ist **Berndt** (Dem.) namens seiner Partei grundsätzlich dagegen, daß in die preußische Verfassung Wiederholungen aus der Reichsverfassung herausgenommen werden.

In der Aussprache wenden sich die Redner der Linken und des Zentrums gegen die Rechtsanträge, die zum großen Teile Wiederholungen aus der Reichsverfassung enthalten.

Der Antrag der Koalitionsparteien wird angenommen. Im übrigen bleibt es bei den Ausschußbeschlüssen. Die Uebergangs- und Schlußbestimmungen werden ohne jede Erörterung angenommen und die zur Verfassung eingelaufenen Bittschriften für erledigt erklärt.

Damit ist die zweite Lesung der Verfassung beendet

Montag, den 15. November, Haushalt.

Deutsches Reich.

Eine Prüfung des Güterverkehrs über die litauische Grenze mit der Eisenbahn über Eydtkuhnen-Wirballen, die auf Anordnung des Militärbefehlshabers am 1. November stattfand, ergab, daß in keinem Falle militärische Heeresbedarfsgegenstände befördert wurden. Auch wurde keine Beförderung von Mannschaften festgestellt und weiter ermittelt, daß keinerlei Gütertransporte stattgefunden haben, wofür die Genehmigung des Reichskommissars für die Einfuhr und Ausfuhr vorgelegen hätte. Alle entgegenstehenden Behauptungen sind daher unzutreffend und müssen aufs schärfste zurückgewiesen werden.

Die Erwerbslosenunterstützung. Wie WTB. aus dem Reichsarbeitsministerium mitgeteilt wird, ist die Gesamtzahl der unterstützten Erwerbslosen im Reiche nach den amtlichen Feststellungen vom 1. bis 15. Oktober weiter zurückgegangen. Während sie am 1. Oktober 366 151 betrug, belief sie sich am 15. Oktober auf 374 983. Es ist also ein Rückgang um 21 168, und zwar 14 457 männlichen und 6711 weiblichen Erwerbslosen zu verzeichnen. Die Aufwendungen für Erwerbslosenunterstützung, die in der zweiten Hälfte des Monats September für das Reich, die Länder und Gemeinden zusammen 45,7 Millionen Mark betragen hat, verminderte sich in der ersten Hälfte des Oktober auf 41,2 Mill.

So geht es nicht weiter! Aus dem ganzen Lande kommen Nachrichten über wilde Streiks. Im besetzten Gebiete hat bereits die interalliierte Kommission den Schlichtungszwang eingeführt. Jetzt hat sich wieder in Berlin ein außerordentlich krasser Fall ereignet, der den sofortigen Erlaß einer Schlichtungsordnung als geboterische Notwendigkeit erweist. In den Borsigwerken hat der Arbeiterrat versucht, in die kaufmännischen Anordnungen einzugreifen, indem er verlangte, daß ein bestimmtes Erzeugnis nicht ausgeführt werden solle. Zugleich unternahm eine kleine Gruppe von Vorzeichnern, Reparaturschlossern und Elektrikern einen Teilstreik. Ohne den Spruch der Schlichtungsinstanzen abzuwarten, wurde der Streik proklamiert. Die Folge davon

Vom deutschen archäologischen Institut in Athen.

Das deutsche archäologische Institut in Athen ist von der griechischen Regierung unversehrt an Deutschland zurückgegeben worden. Wenn sich nun auch im Augenblick Ausgrabungen noch nicht wieder vornehmen lassen, so ist als Vertreter des nach Halle als Direktor des „Archäologischen Institutes" berufenen Prof. Dr. Karo doch einstweilen Geheimrat Prof. Dr. Studniczka aus Leipzig nach Athen geeilt, wo er das Institut zurzeit leitet. Außer diesem bedeutenden Archäologen hat sich Dr. Hiller von Gertringen aus Berlin, der bekannte Epigraphiker, ins Land der Hellenen begeben, um zusammen mit einigen jüngeren Gelehrten am Athener deutschen Archäologikum wissenschaftlich tätig zu sein.

Eine internationale Theaterliga.

Von der Völker verbindenden, Gegensätze überbrückenden Kraft der Kunst ist bisher in den zwei Jahren seit Ausbruch des Waffenstillstandes noch nichts zu spüren gewesen. Das einst feindliche Ausland sperrt sich deutscher Kunst noch zum überwiegenden Teile, deutschen Künstlern sogar noch völlig. Selbst auf die Welt des Varietés hat dieser Kampf übergegriffen, die durch ihre besondere Internationalität doch zuerst berufen erschien, die Bande wieder anzuknüpfen. Der Verband der englischen Artisten weigert sich nach wie vor, mit Artisten der Mittelmächte in einem Programm zusammen zu arbeiten.

Endlich scheint sich jetzt das Dunkel zu lichten. Seit einiger Zeit haben die Vorarbeiten für eine „Internationale Theaterliga" begonnen, die an die Stelle feindlich-völkischer Absperrung gegeneinander wieder den kulturellen Austausch setzen will. Die Brücke zwischen den feindlichen Ländern bildet Holland. Führende Persönlichkeiten des holländischen Theaterlebens haben es übernommen, nach beiden Seiten ihre Fühler auszustrecken, um die Hände, die ihnen von beiden Seiten gereicht werden, ineinander zu legen. Es braucht nicht erst gesagt zu werden, daß die holländische Initiative auf deutscher Seite eine durchaus sympathische Aufnahme gefunden hat. Aber auch aus England ist die Bereitwilligkeit ausgesprochen worden, der holländischen Anregung zu entsprechen. Nur aus Frankreich fehlt bis zur Stunde die letzte Entscheidung. Doch es besteht starke und begründete Hoffnung, daß auch dort das Kulturgewissen über feindliche Gefühle siegen wird.

Besonders bemerkenswert scheint, daß zum Vorsitzenden der Liga der Intendant des Berliner Schauspielhauses, Leopold Jeßner, vorgesehen ist. Man kann darin vielleicht nicht so sehr eine Rücksicht auf das Institut erblicken, das Jeßner leitet, wie eine Anerkennung seiner bedeutsamen künstlerischen Persönlichkeit. Die Aufgabe der „Internationalen Theaterliga", auf dem Wege über die Kenntnis des dramatischen und darstellerischen Schaffens der einzelnen Völker Verständnis für ihre Eigenart und ihr Wesen zu verbreiten, wird sicherlich an Jeßner einen tatkräftigen Förderer finden.

Der „Elefant" der Liebenden und sein Ursprung.

Wohl mancher, dem die Rolle des geduldigen „Elefanten" bei einem Liebespaar zufiel, mag darüber nachgesonnen haben, weshalb der Vertraute zweier Liebenden gerade als Elefant bezeichnet wird. Wer das Wort in dieser Bedeutung in die deutsche Sprache eingeführt hat, läßt sich allerdings nicht nachweisen, dagegen hat, wie im „Archiv für das Studium der neueren Sprache berichtet wird, ein Forscher neuerdings festgestellt, daß das Wort, das in neuerer Zeit auch im Französischen im gleichen Sinne gebraucht wird, im Deutschen schon um die Mitte des vorigen Jahrhunderts angewandt wurde. Die frühere französische Bezeichnung eines „Elefanten" war „chandelier" wahrscheinlich von der 1835 aufgeführten Musetschen Komödie „Le chandelier" abgeleitet. Es ist also nicht wohl anzunehmen, daß das Wort aus dem Französischen in den deutschen Sprachgebrauch gelangt ist; aber auch der umgekehrte Fall ließ sich nicht nachweisen, obgleich es ausgeschlossen ist, daß beide Ausdrücke — chandelier und Elefant — seinerzeit in Frankreich gleichzeitig gebraucht wurden.

Die Gründe, die dazu geführt haben mochten, den Vertrauten und Begleiter der Liebespaare Elefant zu nennen, lag übrigens der bekannte Humorist Saphir schon im Jahre 1841 sehr treffend dar. „Warum man die Vertrauten, Rendezvous-Gardien, Brief-Uebermittler, Schildwachposten der Liebe „Elefanten" nennt?" schreibt er. „Warum? Wahrscheinlich, weil zu der Liebe selbst eine Engelsgeduld gehört; der Vertraute aber von Liebenden zu sein, dazu gehört eine Elefanten-Natur! Man muß eine solche Ausdauer haben wie ein Elefant; man muß so klug sein wie ein Elefant, man muß eine solch alles riechende Nase haben wie ein Elefant; und man muß sich so zu allen Kunststücken abrichten lassen können wie ein Elefant." — Und damit hat Saphir recht. Sehr recht.

Ein ausgezeichnetes Bildnis des berühmten Begründers der Lehre von der Entwicklungsmechanik, des Geheimen Medizinalrates Prof. Dr. med. Wilhelm Roux, ist a. Zt. im Oberlichtsaale der rührigen Kunsthandlung von Tausch & Grosse in der Gr. Ulrichstraße 38 ausgestellt. Das Bild, ein Oelgemälde, stammt von der kunstreichen Hand unserer einheimischen Malerin Susanne von Rathusius. Sie hat damit einen trefflichen Beweis von der Qualität ihres Könnens geliefert; denn aus dem Gemälde spricht der Geist Geheimrat Roux' in überzeugender Weise. Die unermüdliche Energie des Forschers von Weltbedeutung, die Schärfe seiner unbeirrbaren Erkenntnis finden ihren wohlgetroffenen Ausdruck in den Augen, die gleichwohl (und diese Vielseitigkeit ist ein besonderer Vorzug des Bildes!) das großen Anatomen Sinn für einen guten Witz und Ironie verraten. Die hohe Stirn ist des weltumspannenden Wissens voll, der Mund erweckt den Eindruck der (tatsächlichen) Beredsamkeit, und über das Gesamtgemälde hat die Künstlerin mit bestem Gelingen den Hauch des unanfechtbaren geistigen Uebergewichts gebreitet. Außerdem ist Susanne von Rathusius in der Wahl der Tinten überaus glücklich gewesen — das Bild bleibt hoffentlich in Halle! Gehört es doch auf die Universität oder ins Museum, einmal als Ehrenmal eines hallischen Gelehrten, zum andern als Denkmal einer hallischen Künstlerin! Die sonstigen Bilder Susannes v. Rathusius stehen dagegen zurück, wenn schon „Christuskind" die Verkörperung kindlichen Gläubigkeit und „Kind mit Rosen" die natürliche Darstellung des unbetümmerten Zugreifens der Jugend ist. „Knabenbildnis" wirkt durch das angeweßte Pferd einigermaßen gedrückt, auch „Bimmel" der sonst frisch erfaßte Junge zu sehr, doch verdient die Porträtstudie der Fürstin Eleonore zu Reuß wiederum erwähnt zu werden. Die Ausstellung enthält — jedenfalls wie immer — dann noch Bilder von Prof. Frey und A. E. Weber, auf die wir demnächst zurückkommen. Dr. K. B.

Gerhart Hauptmann als Lyriker. Gerhart Hauptmann hat als Lyriker begonnen und kehrt jetzt mit „Sonetten" zu dieser Dichtungsform zurück. Sie erscheinen im Frühjahr 1921 im Verlag Hans Heinrich Tillgner, Potsdam, als erstes der „Bücher der deutschen Kleinmeister" in einmaliger, beschränkter Auflage.

Künstlich hergestelltes Radium. Die chemische Fakultät der Missouri-Universität kündet an, daß es gelungen ist, eine Methode zu finden, mit der man Radium auf künstlichem Wege herstellen kann. Möglich soll dies sein durch Raffinierung von Mesotorium.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19201106018/fragment/page=0002

war, daß sich das Werk außerstande sah, den geordneten Fabrikationsbetrieb fortzuführen. Demgemäß wurden die Werke einfach geschlossen. Der Konflikt hat sich außerdem noch dadurch verschärft, daß sich die Arbeiter weigern, die Notstandsarbeiten auszuführen. Dieser Fall und hundert andere zeigen immer wieder, wie richtig es von der demokratischen Reichstagsfraktion war, gleichzeitig mit dem Betriebsrätegesetz den Erlaß einer Schlichtungsordnung zu fordern. Es ist dabei auch darauf Bedacht zu nehmen, daß die abgeschlossenen Tarifverträge nun nicht willkürlich von den Arbeitnehmern und selbstverständlich auch nicht von den Arbeitgebern gebrochen werden können. Die Sozialdemokratie hat seinerzeit in der Regierung die Verpflichtung übernommen, eine Schlichtungsordnung vorzulegen. Sie wird sich logischerweise auch jetzt nicht der absoluten Notwendigkeit dieses Gesetzes entziehen können. Es ist aber endlich an der Zeit, daß der Gesetzentwurf vorgelegt wird. Der demokratische Führer Schiffer hat die Forderung in seiner Etatrede erneut erhoben.

Die deutschen Güterwagen in polnischer Hand. Seitens der Interalliierten Kommission in Oppeln sind bei der Warschauer Regierung dringende Vorstellungen auf sofortige Rücklieferung der deutschen Güterwagen aus Oberschlesien erhoben. Die Interalliierte Kommission verlieh diesen Vorstellungen dadurch Nachdruck, daß sie im Weigerungsfall die Einstellung der Kohlenlieferungen in Aussicht stellte.

Auslands-Rundschau.

Syrische Sorgen Frankreichs. Im Budget für 1921 wird für Syrien ein Kredit von über einer Milliarde verlangt. Laut „Matin“ wird es deswegen zu einer großen Debatte im Finanzausschuß kommen.

Wiedervereinigung von Süd und Nord in China. Wie aus Peking gedrahtet wird, gab die Regierung bekannt, daß die Südprovinzen ihre Unabhängigkeitserklärung widerrufen hätten. Die Wiedervereinigung des Südens mit dem Norden ist proklamiert und Neuwahlen zum Parlament sind ausgeschrieben worden.

Wiedereröffnung des Hafens von Kronstadt. Der Volkskommissar des Auswärtigen Tschitscherin gibt bekannt, daß der Hafen von Kronstadt allen ausländischen Schiffen wieder offen steht. Estnische Lotsen werden die Schiffe bis an einen bestimmten Punkt der Narwa führen, wo sie dann von russischen Lotsen übernommen werden.

Halle und Umgebung.

Halle, den 6. November 1920.

Geflügelausstellung.

Im großen Saale des „Wintergartens“, wo sonst emsig das Tanzbein geschwungen wird, hat für einige Tage eine andere flatterhafte Gesellschaft ihren Einzug gehalten, das bunte und wohlschmeckende Volk der Hühner, Enten, Gänse und der Tauben. Der helle Ruf der Hähne beherrscht den großen Raum, das Gluck-Gluck der Hühner unterordnet sich melodisch dem Schrei ihrer Paschas, das disharmonische quaaaquaaaquaaa der Enten, welches das nutzbringende Zwiegespräch der Hähne und Hennen störend akkompagniert, wird gemildert durch das sanfte Guckeru der Tauben, die so tun, als ob sie nicht bis drei zählen könnten. Es ist eben das Konzert unserer Hühnerhöfe, das wir im „Wintergarten zu hören bekommen. Irgendwo müßten noch Kühe brummen, ein Roß müßte wiehern und nette Schweinchen grunzen, dann hätten wir eine Symphonie, die eigentlich unser Ohr ebenso erfreuen müßte wie jede andere mit großer Instrumentalbegleitung, die Symphonie des Landes zum Unterschied von der der Stadt mit ihren vielerlei Geräuschen, die nicht beruhigend auf die Nerven wirken.

Die diesjährige Ausstellung des Ornithologischen Zentralvereins hat die vorjährige noch übertroffen. Die ausgestellten Tiere, alle, ohne Ausnahme, sind in einer geradezu vorbildlichen Verfassung. Wer eine Ahnung hat, mit welchen Schwierigkeiten der Geflügelzüchter zu kämpfen hat — man denke an die Futterbeschaffung, ganz abgesehen von den vielen Krankheiten und Seuchen, die manchmal verheerend wirken — dann muß man bewundernd vor diesen Zuchtergebnissen stehen und muß sich freuen, daß es bei den heutigen Zeiten noch so viele Männer gibt, die einer Sache, bei der wirklich nichts zu verdienen ist, um ihrer selbst willen dienen. Die Freude am Erfolg ist Lohn genug, das Bewußtsein, das Ziel erreicht zu haben. Man sehe sich nur dieses prachtvolle Geflügel an, das wirklich viel zu schade für das Schlachtmesser ist. In unserer materialistischen Zeit ist beim Anblick eines Huhns oder einer Taube usw. unser erster Gedanke: Die möchtest du essen. In der Ausstellung kommt einem gar nicht dieser Gedanke. Man möchte alle diese schönen Tierchen stundenlang bewundern und immer und immer wieder betrachten. Nach einiger Zeit erst, wenn sich das Auge sattgesehen hat, rührt sich die Begierde, denn unter dem schönen Federkleid sitzt weißes Fleisch mit Fettansatz, das knusprig gebraten und entsprechend garniert viel zum Wohlbehagen des Menschen beitragen kann. Aber, wie bereits erwähnt, dazu ist der größte Teil der ausgestellten Tiere nicht bestimmt. Zuchttiere sind es, deren Eltern und Großeltern bereits klangvolle Namen hatten und deren Söhne und Töchter den Ruhm ihrer Erzeuger wieder auf ihre Nachkommen übertragen.

Der Zoologische Garten hat sich ebenfalls an der Ausstellung beteiligt. Es sind Silber- und Goldfasanen, exotische Enten, ein prachtvoller Truthahn sowie kanadische Gänse zu sehen.

Besonders reichhaltig ist die Verkaufsabteilung beschickt. Der kluge Züchter kann dort für verhältnismäßig billiges Geld sich einen Stamm von Zuchtgeflügel erwerben, der ihm großen Nutzen bringen wird. Ueber die Prämiierungen berichten wir erst in der Abendnummer. Aber schon jetzt weisen wir auf die ausgezeichneten Zuchtergebnisse der Herren Otto Becher, Oberinspektor Gründler, Otto Herbst, Fabrikanten Ernst, des berühmten Taubenzüchters Krebs, der Herren Liebing, Pennemann, Rudolph, Schröder-Zeundorf hin. Als neuer Züchter ist Herr Jühling in der Ausstellung gut vertreten.

Im nächsten Jahre wird der Ornithologische Zentralverein anläßlich seines 50jährigen Bestehens eine große Jubiläumsausstellung veranstalten.
A. Ky.

Der Reichsverband deutscher Bergbauangestellter hat, wie uns von der Verwaltungsstelle Halle des Bezirks Mitteldeutschland geschrieben wird, zur Sozialisierung folgende Stellung genommen:

„Der Reichsverband deutscher Bergbauangestellter lehnt die individualistische, kapitalistische Wirtschaftsform ab, bei der der Kapitalsbesitzer zugleich Alleinwirtschaftsdisponent und Alleingewinnzieher ist. Der Reichsverband deutscher Bergbauangestellter tritt für eine soziale Umformung der Wirtschaft ein, bei der Arbeit (Arbeiter, Angestellte, Werksleiter) und Allgemeinheit als bestimmende Faktoren eingeschaltet werden: bei der Wirtschaftsorganisation, bei der Wirtschaftsproduktion, bei dem Wirtschaftsbedarf und bei dem Wirtschaftsgewinn. Bei dieser Umgestaltung muß nicht nur die wirtschaftstechnische, sondern auch die wirtschaftsmenschliche Seite Beachtung finden. In der Wirtschaft darf der Einzelmensch nicht Objekt, sondern muß Subjekt sein. Die in der Menschennatur begründeten einzelmenschlichen und gemeinmenschlichen Notwendigkeiten und die sich daraus ergebenden berechtigten Ansprüche sind die unverrückbare Grundlage, von der eine lebensfähige Wirtschaftsreform ausgehen muß. Für die wirtschaftstechnische und wirtschaftsmenschliche Umformung verlangt eine wissenschaftliche Methode vor endgültiger Einführung einer bestimmten Wirtschaftsform in der allgemeinen Wirtschaft neben der Lehre den Versuch. Der Reichsverband deutscher Bergbauangestellter hält die gesamte Bergbauindustrie als Versuchsobjekt für ungeeignet. Der praktische Versuch einer sozialen Umformung, der ohne Schaden für die Allgemeinheit ausprobiert werden kann, wird sich zweckdienlich auf einen Wirtschaftsausschnitt erstrecken, der nach Möglichkeit zusamenhängende, aufeinander angewiesene Betriebe umfaßt.“

Die Sperrung sämtlicher Präparanden-Anstalten wird für Ostern 1921 verfügt werden, da die Ueberfüllung des Lehrerberufs so groß ist, daß für die nächsten Jahre keine Schüler mehr aufgenommen werden können.

Das Stadtgesundheitsamt ist infolge dringend nötig gewordener Erweiterungsarbeiten in der kommenden Woche zur Abhaltung von Sprechstunden nur in ganz beschränktem Umfange imstande. Es wird daher gebeten, ab Montag, den 8. November 1920 nur in ganz dringenden Angelegenheiten die schulärztlichen usw. Sprechstunden 8—9 Uhr vorm. (außer Mittwoch und Sonnabend) aufsuchen zu wollen. Sobald die Aufnahme des Dienstes in vollem Umfange geschehen kann, erfolgt weitere Bekanntgabe.

Spekulantentum im Tabakhandel. In letzter Zeit treiben gewissenlose Spekulanten ein Unwesen, vor dem in der Oeffentlichkeit gewarnt werden muß. Infolge des jetzigen Mehrangebotes in Tabakwaren ist die Zunft der Schieber in das Hintertreffen geraten und sie versuchen nun auf alle mögliche Arten ihre Läger abzustoßen. Hierzu gehört auch das Ermieten von Läden für die jeder Preis gezahlt wird. Sobald der Laden mit Waren ausgestattet ist, wird das Zigarrengeschäft so teuer als möglich verkauft. Es sind Fälle bekannt, in denen derartige Geschäfte innerhalb kurzer Zeit drei bis viermal verschoben wurden, stets mit einem Aufschlag von mehreren tausend Mark. Ein derartiger Spekulant hat in ganz kurzer Zeit in einer größeren Stadt sechs Läden eröffnet und verkauft, wobei ihm ca. 70 000 Mark in die Tasche geflossen sind. Die Opfer sind meist kleine Leute und Invaliden, welche auf diese Weise um ihre Ersparnisse kommen. Da im Handel mit Tabakwaren ein sehr stilles Geschäft eingesetzt hat, ist bei Uebernahme oder Neueröffnung eines Zigarrengeschäftes dringend Vorsicht geraden. Wir empfehlen Interessenten, sich zuvor bei hiesiger Handelskammer (Fachausschuß des Tabakgewerbes) Rat einzuholen.

Predigt-Anzeigen.

23. Sonntag nach Trinitatis, den 7. November 1920.
(Sammlung für die Seemannsmission.)

Abkürzungen: Abendmahl = (A), Kindergottesdienst = (K), Bibelstunde = (B).

U. L. Frauen: 10 Fritze, 11¾ (K) Fritze Gertraudenkapelle, 11¾ (K) Ref.-Realgymn. Knoblauch, 10 Gottesd. f. erw. Taubst. Jägerplatz 24/26, abds. 6 Ob.-Pf. Jahr (A) ders. Donnerstag ab. 8½ Wochenandacht Sophienstr. 6/8 Koepp. — **St. Ulrich:** 10 Schütz, 11½ Francke-(K) Martinschule Schütz, 11½ (K) Kirche Herm. Wagner, abds. 6 Thiede. — **St. Ulrich-Ost:** 10 Krondorferstr. 6a Thiede, 11½ (K) daselbst Thiede. — **Moritz:** 8½ Keller, 10 Voigt, 11½ (K) ders. Hospital: 10 Keller. — **Domkirche, ref. Gem.:** 10 Schneider, 11¾ (K) Baumann (Milit.-Kirche), 6 Lang. Freitag 8 Lang. Sonnt. 11¾ akad. Gott. D. Eger. — **Laurentius:** 10 Ernst Wagner, 2 (K) E. Wagner, 3 Sonnt.-Feier d. Alten Gem.-Haus, 5 Meinhof. Dienst. 8 (B) Gem.-Haus E. Wagner. — **Sterhanus:** 10 Meinhof, 11½ (K) Gem.-Haus Hagemeyer, 5 Gem.-Haus Hagemeyer. Mittw. 3 Miss.-Nähver. Gem.-Haus. Donnerst. 8 Zeitandacht Gem.-Haus Meinhof. — **Diakonissenhaus:** 10 Moebr. — **Paulus:** 10 Bach (A), 11½ (K) Haberland, 2 (K) v. Broecker, 11¼ Bespr. m. konf. j. Mädchen, 5 Haberland. Mittw. 11 Wochenkommunion Bach. Donnerst. 8 Gemeinschaftsst. — **St. Georgen:** 10 Vahldieck, 5 Witte (Kapelle). Montag 8 (B) Hellmann. — **Riebeckstift:** 10 Witte. — **Johannes:** 10 Faßmer, 11½ (K) Tischer, 12¾ (K) Butz, 2 (K) Faßmer, abds. 6 Tischer. — **Stadtmission:** abds. 8¼ Evangelisationsvers. Winterberg, Flottwellstr. 29 abds. 8¼ Gemeinschaftsstunde. Dienst. abds. 8½ Gemeinschaftsstunde. — **Christl. Gemeinschaft** (in der Landeskirche), Margaretenstr. 5: Sonntag 11¼ (K), 8¼ Evangelisation. Donnerstag 8¼ (B). — **Giebichenstein-Bartholomäus:** 10 Kunitz, 11¾ (K) Wind, 6 Hellwig. Freitag 8 Blaukreuzvers. Pestalozzistr. 4. — **Giebichenstein-Petrus:** 10 Wind (Einführung), 11½ (K) Kunitz. — **Trotha:** 10 Bode. — **Diemitz:** 9½ Petold, 10½ (K) ders. — **Evang.-luther. Gemeinde,** Weidenplan 4: 10 Predigt (Reformationsfest), Wottrich, 2½ Christenlehre.

Provinzial-Nachrichten.

Eilenburg, 5. Nov. (Gewaltige Erhöhung der Realsteuern.) Die Stadtväter gaben ihre Zustimmung zu einem von der Baudeputation vorgeschlagenen Kanalisationsprojekt für Eilenburg-Ost, das eine Ausgabe von 725 000 Mk. vorsieht, trotzdem die städtische Rechnung eine recht traurige Finanzlage der Stadt ergibt und einen Fehlbetrag von 1 492 400 Mark aufweist. Dieser soll durch eine gewaltige Erhöhung der Zuschläge zu den Realsteuern gedeckt werden, die vom 1. April d. J. an rückwirkend gezahlt werden müssen. Die Gewerbesteuerzuschläge werden auf 1100 Proz. erhöht, die Gebäudesteuerzuschläge von 400 auf 700 Proz. und die Grundsteuerzuschläge sogar von 400 auf 2000 Prozent.

Dessau, 4. Nov. (Mit der Beseitigung des Bußtages werden die Sozialdemokraten kein Glück haben. Der demokratische Abgeordnete Dr. Leonhardt schreibt dem Anh. Anzeiger: Die Zeitungsnachrichten entnommene Absicht der sozialdemokratischen Fraktion des Landtags, den Bußtag als gesetzlichen Feiertag fortfallen zu lassen, läßt sich schon deshalb nicht verwirklichen, weil dies gegen den Paragraph 139 der Reichsverfassung verstößt. Dort heißt es: „Der Sonntag und die staatlich anerkannten Feiertage bleiben als Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung gesetzlich geschützt.“ Nun war aber der Bußtag zu der Zeit, als die Reichsverfassung Gesetzeskraft erlangt hat, staatlich anerkannter Feiertag und bleibt daher gesetzlich geschützt. Wollte also die Mehrheit des Landtages der Absicht der sozialdemokratischen Landtagsfraktion wirklich beitreten, was nur mit Hilfe der Unabhängigen geschehen könnte, so würde ein solches Landesgesetz als gegen die Reichsverfassung verstoßend null und nichtig sein.

Nordhausen, 4. Nov. (Die althergebrachte Martinsfeier) durch Festzug der Körperschaften, Vereine, Innungen und Schulen unserer Stadt nach dem Lutherdenkmale soll in diesem Jahre am Martinstage erstmalig nach fünfjähriger Pause wieder stattfinden

Stößen, 5. Nov. (Billige Hasen.) Bei der in hiesiger Flur im Jagdrevier des Gutsbesitzers M. Körner abgehaltenen Treibjagd wurden über 300 Hasen erlegt. Von dieser Jagdbeute überließ der Jagdpächter jeder hiesigen Haushaltung einen Hasen zu dem wohlfeilen Preise von 20 Mark.

:: **Gera,** 5. November. (Neue Steuern.) Der Stadtrat hat zwei neue Ortsgesetze genehmigt und zwar über Erhebung einer Wohnungsluxussteuer, die 250 000 Mk. und die Besteuerung der Hausangestellten, die 200 000 Mk. jährlich einbringen sollen, angenommen.

Letzte Depeschen.

Telegraphischer Spezialdienst der „Saale-Zeitung“.

Ministerreise nach der Rheinprovinz.

Düsseldorf, 5. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) Wie die Blätter melden, werden Reichskanzler Fehrenbach und der Minister des Aeußern Dr. Simons die Rheinprovinz besuchen um am 14. November in einer großen Versammlung zu Düsseldorf Vortrag zu halten.

Beratungen in der Sozialisierungsfrage.

Essen, 5. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) Wie wir erfahren, finden seit Dienstag im Rathause der Stadt Essen vertrauliche Beratungen des aus dem Sozialisierungsausschuß gewählten Verständigungsausschuß, dem als Arbeitgebervertreter Hugo Stinnes, Dr. Silberberg, Generaldirektor Vögler und als Arbeitnehmervertreter Imbusch, Wagner und Werner angehören, unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Berthold statt. Die Ergebnisse der Beratungen, die in dieser Woche abgeschlossen sein werden, werden erst veröffentlicht, nachdem das Ergebnis dieser Verhandlungen dem Gesamtausschuß zur Weiterbehandlung vorgelegt worden ist.

Die internationale Gewerkschaftskommission.

Essen, 5. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) Die Vertreter der Internationalen Gewerkschaftskommission sind nach ihrer Informationsreise durch das Industriegebiet gestern mittag nach Berlin abgereist.

Ortswehren im Harz.

DA. Hannover, 5. Nov. Infolge des Ueberfalls von Braunlage wollen die Einwohner in den Orten des Harzes nunmehr Ortswehren einrichten, zumal es sich herausgestellt hat, daß die Räuber einzeln als Touristen in Braunlage eingetroffen sind und sich dann in der Nacht zu dem Ueberfall vereinigt haben. Da sie bis nach Blankenburg und Halberstadt sämtliche Telephondrähte abgeschnitten hatten, so war nicht damit zu rechnen, daß von auswärts Hilfe zu erlangen war. Die Hotelbesitzer des Harzes und auch die Geschäftsleute werden jetzt darauf dringen, daß überall ein gesicherter Ortsschutz eingeführt wird.

Der erste deutsche Dampfer im New Yorker Hafen.

WTB. New York, 5. Nov. (Drahtnachricht.) Der Dampfer „Sofie Rickmers“ ist heute hier eingetroffen. Es ist der erste Dampfer, der nach Ausbruch des Krieges unter deutscher Flagge im New Yorker Hafen eingelaufen ist. Das Schiff fuhr mit Ballast und wird für die Rückreise Ladung einnehmen.

Waffendepots bei südslavischen Bauern.

Mailand, 5. Nov. (Eigene Drahtnachricht. Bei südslavischen Bauern in der Gegend von Triest sind 1200 italienische Gewehre und viele Maschinengewehre gefunden und beschlagnahmt worden.

Der Bürgerkrieg in Irland.

DA. London, 5. Nov. Der blutige Kampf zwischen den Sinnfeinern und der englischen Militär- und Polizeimacht geht mit unverminderter Heftigkeit weiter In der Stadt Trales (Grafschaft Kerry), waren zwei Polizisten verschwunden. Daraufhin tauchte an den Häusern der Stadt eine mit Maschinenschrift geschriebene Bekanntmachung auf, daß, wenn die beiden verschwundenen Polizisten nicht in kürzester Frist in Freiheit gesetzt wären, die Stadt Repressalien erleben würde, wie man sie in Irland noch nicht gesehen hätte. Da man später die Leichen der beiden Polizeiagenten, die von zahlreichen Kugeln durchlöchert waren, auf einem Felde fand, setzte eine panische Massenflucht der Bevölkerung von Trales ein. Zwischen Dublin, Thurles und Templemore sind sämtliche telephonischen und telegraphischen Verbindungen unterbrochen. Die Stadt Thurles steht völlig in Flammen.

Die Lage an der Wrangelfront.

DA. London, 5. Novbr. Der amtliche Bericht aus Sebastopol besagt, daß die Konzentration gewaltiger bolschewistischer Truppenmassen auf der ganzen Frontlänge anhält. Die Bolschewisten haben bisher sechs Armeen, darunter zwei Reiterarmeen, in den Kampf geworfen. In erster Linie verwenden sie, gewissermaßen als Stoßtruppen, rein kommunistische Einheiten, und zwar ungarische, lettische und chinesische Verbände. Die frisch mobilisierten russischen Truppen bilden die zweite Sturmwelle. Zurzeit verfügen die Bolschewisten auf der 200 Km. langen Wrangelfront über mehr als 160 000 Mann, die unaufhörlich zum Angriff eingesetzt werden.

Ein spanisches Flottenprogramm.

Madrid, 5. Nov. (Eig. Drahtnachricht.) Aus parlamentarischen Kreisen verlautet, daß die spanische Regierung dem Cortes ein großes Flottenprogramm unterbreiten will. Danach sollen Panzerschiffe, Schlachtkreuzer, Unterseeboote und Minenleger gefordert werden. Die großen Einheiten sollen in Spanien selbst auf den Werften von Ferrol gebaut werden.

Australisches Einfuhrverbot für deutsche Kataloge.

Berlin, 5. November. Der Generalpostmeister des Australischen Bundes (Common-Wealth of Australia) hat bekannt gemacht, daß er von Deutschland ankommende Kataloge und Reklameschriften nicht mehr abliefern wird. Deutsche Fabrikanten werden daher gut tun, wenn sie sich nicht unnütze Kosten machen wollen, in Zukunft von jeder geschäftlichen Propaganda abzusehen. Die Einfuhr von deutscher Literatur ist übrigens im allgemeinen verboten; eine Ausnahme ist lediglich zugunsten einiger wissenschaftlicher Zeitschriften und Bücher gemacht worden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19201106018/fragment/page=0003

Vermischtes.

Billige Konfitüren. In der letzten Zeit kamen in der Gegend der Weinstraße in Berlin billige Konfitüren in den Handel. Der Preis erregte die Aufmerksamkeit eines Geschäftes, das wiederholt nächtlichen Besuch gehabt hatte. Die Vermutung, daß die Billigkeit der Ware mit diesen Besuchen in Zusammenhang stehe, bestätigte sich. Die Lieferanten der billigen Konkurrenten waren die Arbeiter Paul und Arthur Leske und Martin Piorkowsky, die ihre Waren zur Nachtzeit „ganz umsonst bezogen" hatten. Sie hatten ein Geschäft zweimal schwer heimgesucht, das zweitemal auch noch mit Erfolg, obwohl der Geschäftsinhaber sich durch alle möglichen Vorrichtungen genügend gesichert zu haben glaubte.

Entflogener Luftballon. Nach Mitteilung des Berliner Vereins für Luftschiffahrt ist am Sonnabend, den 30. Oktober, der 600-Kubikmeter-Kugelfreiballon „Hauptmann Grüner" (schwarze Buchstaben auf gelbem Stoff) nach einer Fahrt Bitterfeld—Lockstedter Lager, nach einer dort versuchten Landung, abends 7 Uhr, einschließlich Korb und Instrumenten, unbemannt, entflogen. Es besteht die Möglichkeit, daß er auf den dänischen Inseln, in Schweden, oder schließlich auch auf der Nordsee niedergegangen ist.

Die gefährliche Dampfspritze. In Neuß war kürzlich ein Großfeuer ausgebrochen und deswegen die Feuerwehr aus Düsseldorf zur Hilfe gerufen worden. Ein Motorlöschzug eilte aus Düsseldorf herbei und brauste mit der vorgeschriebenen Geschwindigkeit über die Rheinbrücke. Der belgischen Brückenbesatzung kam die Sache nicht geheuer vor. Sie glaubte an Tanks, schwere Geschütze, neue entsetzliche Mordwaffen der Boches und warf kurz entschlossen die Gewehre weit weg. Die Besatzung der Feuerspritze war nicht wenig erstaunt, als die tapferen Belgier mitsamt ihrem Offizier mit hocherhobenen Händen an der Brücke standen und die Spritze vorbeirasseln ließen. So erzählt man in Düsseldorf und freut sich herzlich darüber.

Freilegung alter Bauten auf der Prager Burg. Bei den Restauration des Prager Burggebäudes wurden die Ueberreste eines alten Palastes der Przemysliden mit allerlei Zubauten aus der Zeit Przemysl Ottokars II. aufgedeckt. Bei den Kanalisierungsarbeiten fand man ferner Ueberreste einer alten Burgkapelle aus der Zeit des Herzogs Borislof.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 5. Nov. Die Meldungen über die wegen der schwierigen deutschen Finanzlage notwendige beschleunigte Einführung des Reichsnotopfers und die gestrigen Andeutungen des Finanzministers Dr. Wirth im Reichstage über eine stärkere steuerliche Heranziehung der Schwerindustrie und besonders der Aktien-Gesellschaften, sowie über eine wahrscheinlich in den nächsten Tagen kommende Milliardenvorlage haben die vereinzelt schon an den Vortagen bemerkbar gewesenen Realisationsneigungen an der Börse verstärkt. Es traten daher für die führenden Werte des Montan-, Farb-, Elektro- und Industriemarktes stärkere Rückgänge von 10 bis 20 Proz. und vereinzelt darüber ein. Das Geschäft war wesentlich stiller als an den Vortagen. Bei der vorhergehenden schwachen Haltung, die sich auch im weiteren Verlaufe in einem allgemeinen weiteren Abbröckeln der Kurse äußerte und der gelegentlichen Erholung einiger Papiere keinen Abbruch zu tun vermochte, machte die Bekanntmachung der Interessengemeinschaft zwischen dem Siemens-Schuckert-Konzern und der Rhein-Elbe-Union auf den Kursstand der dafür in Betracht kommenden Papiere fast keinen Eindruck. Immerhin waren sie aber widerstandsfähiger als die anderen Werte. Auch Schiffahrts- und Bankaktien mußten sich mit mäßigen Rückgängen der schwachen allgemeinen Tendenz anpassen. Feste Haltung zeigten lediglich Thale, Augsburg-Nürnberg-Aktien, sowie wegen der erneuten Steigerung der Devisenpreise Valutapapiere, von denen namentlich Baltimore und Mexikaner wesentlich stiegen.

Devisenkurse.

Berlin, 5. November

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

	Heute		Gestern	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam Rotterdam	2482,50	2487,50	2410,55	2415,45
Brüssel-Antwerpen	521,95	523,05	521,95	523,05
Christiania	1081,40	1083,60	1068,90	1071,10
Kopenhagen	1081,40	1083,60	1073,90	1076,10
Stockholm	1537,45	1540,55	1528,45	1531,55
Helsingfors	177,80	178,20	175,30	175,70
Italien	286,20	286,80	284,70	285,30
London	277,70	278,30	272,70	273,30
New York	81,17	81,33	79,92	80,08
Paris	489,50	490,50	494,50	495,50
Schweiz	1253,70	1256,30	1239,75	1242,25
Spanien	1098,90	1101,10	1088,90	1091,10
Wien (altes)	—	—	20,22	20,28
(Deutsch-Oest. abgest.)	23,84½	23,90	23,84½	23,9½
Prag	86,90	87,10	86,40	86,60
Budapest	16,23	16,27	15,48	15,52
Bulgarien	—	—	—	—
Konstantinopel	—	—	—	—

Produktenmarktpreise.

Berlin, 5 November

Nichtamtliche Ermittelungen per 50 kg. ab Station.

	Heute	Gestern
Speiseerbsen, Viktoriaerbsen	290—310	290—315
„ „ kleinere	22[illegible]—256	220—255
Futtererbsen	180—200	180—200
Linsen	400—480	400—480
Peluschken	175—186	175—186
Ackerbohnen	180—192	180—193
Wicken	150—175	160—175
Lupinen, blaue	80—90	80—90
„ gelbe	100—115	100—115
Seradella, alte	75—85	78—90
„ „ neue	110—118	100—118
Raps	515—517	510—515
Rübsen	5—10	5—10
Leinsaat	400—450	410—450
Mohn	650—720	650—720
Senfsaat	230—280	230—280
Hirse, inländisch u. ausländisch	—	—
Trockenschnitzel	80—86	80—86
Torfmelasse	70—71	70—71
Wiesenheu, lose	33—35	33—35
Kleeheu	40—44,00	40—44
Stroh, drahtgepreßt	25—27	25—27
„ gebündelt	23—25,00	23—25,00
Roggen-Langstroh	—	—
Mais, oko Hamburg, Bremen	—	208,00
„ per	205—206	202—203
Kartoffeln, sortiert	—	—
Reis, frei Kaiwagg. Hamburg per 1 kg	—	—
Brasilian. Vollreis per	9,50—9,60	9,00—9,50
Burmareis, 14 tägig per	10,[illegible]0—10	1060—70
Saigonreis, per loko	—	—
Runkelrüben	8,50—9,50	8,50—9,50
Möhren, rote	16,50—17	15,50—17
„ gelbe und weiße	14,50—15	14,50—15

Produktenbericht.

Berlin, 5. Nov. Im freien Produktenverkehr bleibt die Tendenz für Viktoriaerbsen bei dauernd großem Angebot und mangelnder Kauflust matt. Auch weniger gute Sorten der kleineren Erbsen sind nur schwer zu verkaufen. Sonst aber hat sich die Kauflust für Futtererbsen und alle übrigen Futterhülsenfrüchte erhalten und auch Mischfutter und Oelkuchen bleiben begehrt. Die Rapspreise sind unverändert fest, für Rauhfutter sind die Preise behauptet. Für Mais wurden wegen der erneuten Steigerung der Devisenpreise die Forderungen merklich höher. Lokoware bleibt anhaltend befragt.

Metallnotierungen.

Berlin, 5. Nov. Preise für 100 Kilogramm Raffinade-Kupfer (98—99 Proz.) 2150—2200 M, Original-Hüttenweichblei 880—900 M, Original-Hütten-Rohzink im freien Verkehr 960 bis 970 M, Remelted Plattenzink 620—630 M, Original-Hütten-Aluminium (98—99 Proz.) in gekerbten Blöckchen 3750—3850 M, Original-Hütten-Aluminium der Drahtwaren in Walzdraht 3900 bis 4000 M, Zinn (Banca, Straits, Billiton) 7400—7450 M, Hüttenzinn (mindestens 99 Proz.) 7200—7250 M, Reinnickel (98 bis 99 Proz.) 4800—5000 M, Antimon (Regulus) 1025—1050 M, Silber in Barren ca. 900 fein für 1 Kilogramm 1490—1500 M, Elektrolytkupfer 2817 M.

Vom Anilin-Konzern. Wie wir erfahren, wird in den Kreisen der chemischen Großindustrie Mitteldeutschlands berichtet, daß der Anilinkonzern plane, nach dem Muster der Leunawerke sowohl in Japan wie in Nordamerika je eine Stickstoff-Fabrik zu errichten. Verhandlungen seien angeknüpft. Es ließ sich nicht erfahren, wie weit diese Gerüchte Zuverlässiges mitteilen.

W. **Eine bedeutungsvolle Interessengemeinschaft.** Berlin, 5. Nov. Zwischen der Rhein-Elbe-Union, G. m. b. H., und dem Siemens-Schuckert-Konzern ist laut „D. Allgem. Ztg." eine Interessengemeinschaft abgeschlossen worden. Das Blatt bemerkt dazu, daß bei der vorliegenden Verschmelzung zwischen einem der führenden Elektrizitätskonzerne und dem größten deutschen Montankonzern der letzte entscheidende Schritt in der Zusammenfassung mehrerer aufeinanderfolgender Produktionsstufen getan worden sei. Die Fusion habe außerordentlich große politische Bedeutung. Wirtschaftlich werden damit neue Bande zwischen Bayern, dem Niederrhein und Berlin angeknüpft.

Das neue Weinjahr. Die hessische Weinbaudomäne verzeichnet nie gemessene Mostgewichte: Niersteiner bis 200, Bingen bis 180 Grad. Das Rekordgewicht hatte Oppenheimer Goldberg mit 251,7 Grad.

Für die Einfuhr böhmischer Biere. Der Reichsverband des deutschen Faßbiergroßhandels beschloß auf seinem Verbandstag in Dresden, an das Reichswirtschaftsministerium eine Eingabe zu richten, worin gegen eine Einschränkung der Einfuhr böhmischer Biere sowie gegen eine Beschränkung des Versandes bayrischer Biere nach den übrigen deutschen Ländern Stellung genommen wird.

Zunahme der oberschlesischen Eisenproduktion im dritten Vierteljahr 1920. Trotz Streiks und Unruhen hat die oberschlesische Eisenproduktion im dritten Vierteljahr 1920 wieder zugenommen. Die Roheisenerzeugung betrug, laut „Industrie-Kurier", 152 673 Tonnen, gegenüber der im zweiten Vierteljahr von 131 390 Tonnen. Davon kommen auf Gießerei-Roheisen 14 017 Tonnen (13 566 Tonnen), auf Stahl- und Spiegeleisen 72 377 Tonnen (66 155 Tonnen), auf Thomas-Eisen 36 329 Tonnen (29 156 Tonnen), auf Puddel-Eisen 29 303 Tonnen (21 813 Tonnen). Das Bessemer-Roheisenverfahren ist so gut wie gar nicht mehr zur Anwendung gekommen. Die Fluß- und Schweißeisenherstellung belief sich auf 283 591 Tonnen, gegenüber der im zweiten Vierteljahr von 262 214 Tonnen. Die Halbzeugfabrikation hat etwas nachgelassen. Sie belief sich auf 91 562 Tonnen, gegenüber 92 794 Tonnen im zweiten Vierteljahr. Dagegen hat die Fertigfabrikation eine kleine Zunahme zu verzeichnen. Sie betrug 202 804 Tonnen (191 415 Tonnen). — Im September hat sich nach den jetzt feststehenden Endzahlen die Produktion der oberschlesischen Blechindustrie gegenüber der des Vormonats wieder erholt. Sie belief sich an Grobblech auf 9236 Tonnen (August 7857 Tonnen). An Mittelblech wurden hergestellt 1219 Tonnen (802 Tonnen), Feinblech 5310 Tonnen (5091 Tonnen), Dynamobleche 3147 Tonnen (2515 Tonnen). Im Monat Oktober dürfte die Erzeugung voraussichtlich nicht nachgelassen haben.

Oberschlesische Kokswerke u. Chemische Fabriken A.-G. in Berlin. Bei der Gesellschaft besteht die Absicht, einer Ende November einzuberufenden G.-V. eine Erhöhung des Stammkapitals um 5 auf 40 Millionen Mark und die Schaffung von 30 Millionen Mark Vorzugsaktien mit einfachem Stimmrecht vorzuschlagen. Letztere sollen von befreundeten Banken in Besitz genommen werden, während bezüglich der Unterbringung der Stammaktien noch keine festen Beschlüsse vorliegen. Bei verschiedenen montanindustriellen Werken Oberschlesiens und bei den Tochtergesellschaften von Oberkoks macht sich der Wunsch geltend, Aktien der Gesellschaft zu erwerben. Diesem Wunsche dürfte seitens der Verwaltung wohl auch entsprochen werden. Zu diesem Zwecke würde außer den jetzt zu schaffenden 5 Millionen Aktien noch ein größerer Posten Stammaktien aus der letzten Emission verfügbar sein. Durch die niederschlesischen Erwerbungen und durch einige andere noch in Vorbereitung befindlichen Pläne hat sich diese neue Erweiterung der Finanzbasis der Gesellschaft als notwendig erwiesen. Ueber die Geschäftslage hört man, daß sie in allen Erzeugnissen befriedigt. Nur macht sich in einigen Nebenprodukten, z. B. in schwefelsaurem Ammoniak, eine Abschwächung der Preise deutlich fühlbar.

Bing-Werke vorm. Gebr. Bing A.-G. in Nürnberg. Der Aufsichtsrat beschloß, einer ao. G.-V. die Erhöhung des Aktienkapitals um 20 Mill. und die Ausgabe von 25 Mill. Mark 5proz. zu 102 Proz. rückzahlbarer Teilschuldverschreibungen vorzuschlagen. Die neuen für 1920 zur Hälfte dividendenberechtigten Aktien werden von einem Bankkonsortium, bestehend aus der Dresdner Bank und der Nationalbank für Deutschland, übernommen, und zwar 10 Mill. Mk. zu 135 Proz., die den Aktionären in der Weise zum Bezuge angeboten werden, daß auf je vier alte eine neue Aktie zu 140 Proz. mit 6 Proz. Zinsen vom 1. Juli 1920 an entfallen. Die restlichen 10 Mill. Mk. übernimmt das Konsortium zu 150 Proz. zur freihändigen Verwertung; am Erlös ist die Gesellschaft mit einer größeren Quote beteiligt. Die neue Kapitalserhöhung dient zur Ablösung der Bankverpflichtungen der Gesellschaft. Der Umfang und Umsatz des Bingkonzerns hat sich außerordentlich gesteigert. Die Gesellschaft glaubt, auch das erhöhte Aktienkapital entsprechend verzinsen (i. V. 12 plus 6 Proz. Dividende) zu können; Stammfirma und Tochtergesellschaften sind andauernd gut beschäftigt. — Die Gesellschaft hat innerhalb eines Jahres zwei Kapitalserhöhungen vorgenommen. Eine G.-V. vom 24. November 1919 beschloß Erhöhung um 5 025 000 Mk.; eine weitere Erhöhung wurde durch eine G.-V. vom 19. Mai d. J. um 19,9 Mill. Mk. genehmigt. Das Kapital der Gesellschaft wird sich nach durchgeführter Erhöhung auf 60 Mill. Mk. belaufen.

Das Annener Gußstahlwerk (Akt.-Ges.) erzielte im Geschäftsjahr 1919/20 einen Rohgewinn von 6,194 Mill. Mk. (i. V. 2,220). Nach Absetzung sämtlicher Unkosten in Höhe von 3,916 gegen 1,282 Mill. Mk., der sozialen Lasten mit 0,101 gegen 0,176 Mill. Mk., der Abschreibungen mit 0,338 gegen 0,249 Mill. Mk. und der Reparaturen mit 0,727 gegen 0,365 Mill. Mk. verbleibt ein Ueberschuß von 1,407 Mill. Mk. (0,432), aus dem nach erheblichen Rückstellungen für das Reichsnotopfer 20 Proz. (5 Proz.) Dividende auf die alten Aktien und 10 Proz. auf die jungen Aktien ausgeschüttet werden sollen. Im Geschäftsbericht heißt es, daß die ungünstige Lage der Stahlformgießereien diese Ende Oktober vorigen Jahres zu einer grundsätzlichen Einigung und Verständigung über die Einführung der von gleichartigen Verbänden schon längst angewandten gleitenden Preisskala führte. Wenn das Unternehmen die anfänglich durch Brenn- und Rohstoff- und durch Verkehrsnöte erzeugten Hemmnisse ohne Nachteile überwunden hat, so verdankt es dies einzig und allein der Ausfuhr, die die Erzielung ansehnlicher Valutagewinne ermöglichte. Die anfänglich stürmische Nachfrage nach den Erzeugnissen des Unternehmens ließ im Frühjahr ganz beträchtlich nach.

Berliner Elektrizitäts-Werke. Die Gesellschaft weist für das Geschäftsjahr 1919/20 einen Reingewinn von 5 788 987 Mark gegen 4 781 745 Mk. im Vorjahr auf und bringt eine Dividende von 10 Proz. gegen 8 Proz. im Vorjahr auf die Stammaktien der Generalversammlung in Vorschlag.

Munitionsmaterial- und Metallwerke Hindrichs-Auffermann Akt.-Ges. in Barmen. Die Generalversammlung setzte die sofort zahlbare Dividende auf 12 Proz. fest und beschloß die Erhöhung des Aktienkapitals um 3 auf 6 Mill. Mark. Die neuen Aktien werden zu 110 Prozent von einem Bankkonsortium übernommen und den Aktionären zu 120 Prozent angeboten.

Maschinenfabrik Buckau. Zu den an der Berliner Börse im Zusammenhang mit der Kurssteigerung für die Kurssteigerung für die Aktien der Maschinenfabrik Buckau verbreiteten Gerüchten über den Plan einer Kapitalerhöhung hört die „Magdeb. Ztg." von gut unterrichteter Seite, daß zurzeit eine derartige Maßnahme von der Verwaltung des Unternehmens nicht in Erwägung gezogen sei. Die Gesellschaft ist anhaltend gut beschäftigt, so daß auch die weitere Entwicklung als günstig anzusprechen sind.

Berliner Börse

vom 5. November 1920

(Telegramm.)

Deutsche Werte:	
4½% Dtsch. Schatzsch VI—IX	72,60
5% Dtsch. Reichsanl.	77,50
4% „ „	67,00
3½% „ „	58,80
3% „ „	68,80
4% Preuß. Konsols	61,50
3½% „ „	52,00
3% „ „	50,00
4% Charl. Stadtanl. 89/99	91,60
4% Magdb. Stadtanl. 91/06	—
4% Sächs. Neulandsch Pfdbf	100,60
4% Preuß. Centr. Bod. Pfdbf	96,50
4% Preuß. Hyp. Bk. Pfdbf. 1911	96,50
4½% Dess. Gas Oblig	—
4% Dessauer Gas Obl.	—
Ausländ. Werte:	
4% Oesterr. Kronenrente	21,50
4% Ungar. Goldrente	58,00
4% Ungar. Kronenrente	24,40
Eisenbahn-Aktien:	
Halberst.-Blankenb.	75,75
Halle-Hettstedter	63,75
Schantungbahn	627,00
Allg. Lokal-Str.	115,00
Gr. Berl. Str.	118,00
Magdeburger Str.-B.	—
Prinz-Heinrich-B.	501,00
Schiffahrts-Aktien:	
Hambg. Paketfahrt	189,50
Hambg. Südamerika	274,50
Hansa-Dampfschiff.	3[illegible]5,25
Nordd. Lloyd	186,00
Bank-Aktien:	
Bank f. Thür	—
Berl. Handelsges.	229,00
Commerz-Diskontobank	192,75
Darmstädter Bank	179,00
Dessauische Landesbank	148,00
Deutsche Bank	328,50
Diskonto-Comm.	240,00
Dresdner Bank	220,00
Leipzig. Credit-Anst.	182,00
Mitteld. Kreditbank	174,50
Mitteld. Privatbank	184,50
Nationalbank	186,50
Oesterr. Kredit	82,62
Reichsbank	152,00
Industrie-Aktien:	
Schultheiss-Brauerei	325,00
Akt. f. Anilin	448,00
Allgem. Elektr. Ges.	329,00
Ammendorfer Papierfabrik	761,00
Anhalter Kohlenw.	340,00
Annaberger Steingut	525,00
Badische Anilin	656,00
Bergmann Elekt. Akt.	279,50
Berl. Masch.-Bau	365,00
Bismarckhütte	713,00
Bochumer Gußstahl	528,25
Chem.-Fabr. Buckau	—
Chem. Griesheim	374,00
Chem. Heyden	600,00
Consolidation Schalk	720,00
Cröllwitzer Papierfbk	320,00
Daimler Motoren	247,75
Deutsche Luxemburg	396,00
Deutsche Treuhandgesellschaft	1194,75
Deutsche Erdöl	1900,00
Deutsche Gasglühl.	—
Deutsche Kali	489,00
Deutsche Waffen und Mun.	474,75
Donnersmarckhütte	489,50
Döring & Lehrmann	202,00
Dürrkoppwerk	
Engelhardt-Brauerei	345,00
Elberfelder Farben	478,00
Felten & Guillaume	455,00
Gasmotoren Deutz	249,00
Gebhard & Co.	710,00
Gebhard & König	302,70
Gelsenkirchen Berg.	391,50
Glauziger-Zuckerfbk	625,00
Hallesche Maschfbk.	750,00
Hann. Masch.	510,00
Harpener Berg	444,75
Hasper Eisen	—
Hirsch Kupfer	413,00
Höchster Farbwerke	425,00
Hoesch Eisen u. Stahl	668,00
Hohenlohe Werke	260,00
Humboldt Masch.	258,50
Ilse Bergbau	434,75
Kahla Porzellan	557,00
Kaliw. Aschersleben	491,00
Körbisd. Zucker-Akt.	417,00
Kyffhäuserhütte	265,00
Lahmeyer & Co.	260,00
Lauchhammer	48[illegible],00
Laurahütte	388,00
Linke & Hofmann	495,00
Ludwig Loewe & Co.	400,00
Lothringer Hütte	415,00
Mannesmannröhren	500,00
Masch.-Fabr. Buckau	420,00
Oberschl. Eisenb.-Bd.	286,00
do. Caro Hag.	323,00
do. Kokswerke	535,00
Orenstein & Koppel	430,00
Phönix Berg	608,25
Rhein. Metall-Vorz.	320,00
Rhein. Stahlwaren	493,50
Riebeck. Montan	675,00
Rombacher Hütten	400,00
Rositzer Braunk.	380,00
Rositzer Zucker	420,00
Sangerhäuser Masch.	695,00
HugoSchneider A.-G.	335,00
Schuckert & Co.	292,00
Siemens & Halske	369,00
Stettiner Cham.	460,00
Stettiner Vulkan	308,00
Stollberger Zinkh.	420,50
Strals. Spielkarten	—
Thale-Eisenhütte	1035,00
Triptis Porzellan	334,50
Türk. Tabakregie	1002,00
Ver. Köln-Rottweiler	415,00
Ver. Glanzstoff	779,00
Wegelin & Hübner	27[illegible],00
Werschen-Weißenfelser Braunk.	—
Westeregeln Alkali	930,00
Wittener Gußstahl	1000,00
Wrede Mälzerei	189,50
Zeitzer Masch.	615,00
Zellstoff Waldhof	495,00
Otavi-Minen	855,00
Hildebrand, Mühlen	255,00

Tendenz: schwach.

Leipziger Effektenkurse.

Leipzig, den 5. November 1920.

Chemnitzer Bankverein	187,00
Leipziger Hypoth. Bank	152,75
Mitteld. Privatbank	184,00
Cröllwitzer Papierfabk.	300,00
Glauziger Zuckerfabk.	620,00
Gr. Leipziger Strassenbahn	150,00
Hallesche Zuckerfabk.	379,75
„ Zementfabk.	154,00
Hugo Schneider, Paunsd.	349,75
Körbisd. Zuckerfabk.	—
Leipziger Kammgarnspinnerei	443,00
Leipziger Malzfabrik	150,00
Mansfelder Kuxe	4800,00
Oelsnitzer Kuxe	975,00
Pittler, Leipzig	436,00
Prenlitzer Stamm-Akt.	1500,00
„ Priorit.-Akt.	2000,00
Riebeckbier	250,00
„ Vorzugs-Akt.	124,00
Rositzer Zuckerfabk.	340,00
Rudelsburger Zementfabk.	148,[illegible]
Sachsenwerk	466,00
Sondermann u. Stier	250,00
Stöhr u. Co.	560,00
Zimmermann, Halle	180,00
Zimmermann, Chemnitz	233,00

Verantwortlich f. d. polit. Teil: Gustav Jacob-Margella; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Feuilleton, Unterhaltungsbeilage: Martin Feuchtwanger, Vermischtes, Sport usw.: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Hans Wildt. Verlag: Saale-Zeitung, G. m. b. H., Halle. Druck: Zeitungsverlag und Druckerei Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-1920110601 8/fragment/page=0004